

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 9 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB zur Gewinn- und Verlustrechnung von Graf Lambsdorff: Steuerhinterziehung nach Gutsherrenart.

Seite 1

Josef Vosen MdB zur Notwendigkeit, die Vertrauensbildung auch im wissenschaftlich-technischen Bereich auszubauen: Deutsch-sowjetische Kooperation bei Meeresforschung ausbauen.

Seite 4

Dokumentation:

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor hielt anlässlich der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürger-Preises am 21. Mai 1989 in der Paulskirche in Frankfurt eine Rede, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

44. Jahrgang / 100

30. Mai 1989

Steuerhinterziehung nach Gutsherrenart

Zur Gewinn- und Verlustrechnung von Graf Lambsdorff

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die vom rechtskräftig verurteilten Steuerkriminellen Otto Graf Lambsdorff begangene Steuerhinterziehung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung waren ein Bombengeschäft - aber nicht für die Kassen des Bundes und des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Wir sind jetzt in der Lage, der Öffentlichkeit die Rechnung aufzumachen. Sie lautet nach den Angaben des Bundesfinanzministeriums wie folgt:

„Bundesminister a.D. Dr. Otto Graf Lambsdorff ist wegen Hinterziehung von Körperschafts- und Vermögenssteuer in Höhe von 240.943 DM, gemeinschaftlicher Beihilfe zur Hinterziehung von Körperschafts- und Gewerbesteuer in Höhe von 1.285.364 DM und Beihilfe zur Hinterziehung von Körperschaftssteuer in Höhe von 28.000 DM - alle Taten begangen als Parteischatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen - verurteilt worden.“ (Staatssekretär Häfele vom Bundesfinanzministerium auf meine Bundestagsanfrage.)

Die Summe der Steuerhinterziehung betrug demnach 1.554.307 Mark. Dafür ist Graf Lambsdorff vom Landgericht Bonn rechtskräftig mit einer Geldstrafe von 180.000 Mark bestraft worden.

Graf Lambsdorff hat für seine Verteidigung 624.000 Mark sowie Auslagen in Höhe von 60.000 Mark, zusammen also 684.000 Mark, aufgewendet. Hiervon muß er wegen seiner Verurteilung in Sachen Steuerhinterziehung die ausscheidbaren Kosten von 47.000 Mark selbst bezahlen.

Von den 557.000 Mark Kosten, die vorläufig auf den Verfahrensteil „Bestechlichkeit“ entfallen, erhält er in Folge des Freispruchs 40.000 Mark aus der Staatskasse des Landes Nordrhein-Westfalen ersetzt. Laut Beschluß des Bundesfinanzministeriums muß er einen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständigen Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Eigenanteil von 50.000 Mark selbst zahlen. Den Rest - immerhin 487.000 Mark - erhielt Lambsdorff als Prozeßkostenhilfe aus der Bundeskasse. Wer die restlichen 60.000 Mark zahlt, ist mangels Kostenfestsetzungsbeschlusses des Landgerichts Bonn noch nicht entschieden.

In diesem Zusammenhang ist die Klärung der Frage von öffentlichem Interesse, ob Lambsdorff und seine Haupttäter die hinterzogenen rund 1,5 Millionen Mark Steuern wenigstens nachentrichten mußten.

Hierauf antwortete die Bundesregierung: „Die Bundesregierung hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die zuständigen Landesbehörden dem Gesetz entsprechend verfahren.“

Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen lehnt eine Antwort auf die Frage der Nachversteuerung unter Berufung auf das Steuergeheimnis rundweg ab.

Bei Steuerhinterziehung können die Täter oder Beihilfer binnen zehn Jahren für die verkürzten Steuern in Anspruch genommen werden (§71, 169, 173 der Abgabenordnung). Da die Steuerhinterziehung Mitte und Ende der siebziger Jahre begangen wurden, besteht die hohe - aber nicht zu belegende - Vermutung, daß die hinterzogenen Steuern nicht mehr beigetrieben werden konnten, weil sie verjährt waren.

Somit ergibt sich folgende Bilanz:

0 - Graf Lambsdorff zahlt

1. Geldstrafe	180.000 Mark
2. Verteidigerkosten (47.000 Mark plus 50.000 Mark)	97.000 Mark
<hr/>	
insgesamt	277.000 Mark

0 - Die öffentlichen Kassen bluten durch

1. die hinterzogenen Steuern	1.554.307 Mark
2. die Erstattung aus der Staatskasse Nordrhein-Westfalen	40.000 Mark
3. die Prozeßkostenhilfe aus der Bundes- kasse	487.000 Mark
<hr/>	
insgesamt	2.081.307 Mark

Hinzu kommen die unquantifizierbaren Personal- und Sachkosten für Richter, Staatsanwälte und Justizbeamte für 126 Hauptverhandlungstage. Das sind nochmals zwischen 400.000 und 500.000 Mark.

Aber schon ohne die Personal- und Sachkosten lautet die Gewinn- und Verlustrechnung so:

	AKTIVA	PASSIVA
1. Steuerhinterziehung	1.554.307 Mark	
2. Staatskassen (2.081.307 Mark minus 180.000 Mark)		1.901.307 Mark
3. Graf Lambsdorff (180.000 Mark plus 97.000 Mark)		277.000 Mark
4. Verteidiger	624.000 Mark	
Summen:	2.178.307 Mark	2.178.307 Mark

Wenn das kein Geschäft war! Schwarzfahren lohnt sich nicht. Steuerhinterziehung im großen Stil offenbar schon.

Mittlerweile erfreut sich Graf Lambsdorff als FDP-Vorsitzender wieder größter Beliebtheit. Ein hervorragender Resozialisierungserfolg im Rahmen eines humanen Strafvollyzuges?

Für die Beantwortung von kriminalpolitischen Fragen im Hinblick auf die Krawalle in Berlin oder im Anschluß an den Memminger Prozeß (vgl. Sendung „Report“ vom 9.5.1989) oder für steuerrechtliche Fragen, beispielsweise Probleme im Zusammenhang mit der Quellensteuer, steht Graf Lambsdorff allen Journalisten als qualifizierter Interviewpartner zur Verfügung.

Unermeßlich dagegen ist der Schaden, den der Graf dem Ansehen der Politik im allgemeinen und der Steuermoral von Millionen braver Steuerzahler zugefügt hat. (-/30.5.1989/vo-he/rs)

* * *

Deutsch-sowjetische Kooperation bei Meeresforschung ausbauen

Zur Notwendigkeit, die Vertrauensbildung auch im wissenschaftlich-technischen Bereich auszubauen

Von Josef Vosen MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Die Chancen zur weiteren Entspannung zwischen Ost und West können auch auf weiteren Gebieten in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit genutzt werden.

Dies ist ein wichtiges Fazit der einwöchigen Informationsreise einer Delegation der Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion nach Moskau.

Die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR aufgrund des Regierungsabkommens seit 1987 angelaufene formelle wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist auf gutem Wege. Die Gespräche mit Regierungsstellen und Forschungsinstituten in Moskau (Energieforschung, Welt- raumforschung, Mikroelektronik, Meeresforschung) zeigen eine erstaunliche Offenheit bei dem Wunsch der sowjetischen Seite nach mehr Kooperation mit der Bundesrepublik.

Wir plädieren dafür, diesen Wunsch ernst zu nehmen und mit der UdSSR über weitere Teilabkommen für eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit rasch und ergebnis-orientiert zu verhandeln.

Die Haltung der SPD zu der in diesem Zusammenhang problematischen Frage nach der Bedeutung von Hochtechnologien, die militärisch zweckentfremdet werden könnten, ist eindeutig: Ein wichtiges Mittel der Vertrauensbildung ist besonders die vermehrte Schaffung von gegenseitigen Abhängigkeiten auch in Wissenschaft und Wirtschaft. Sie ist einem ausschließlich auf Sicherheit fixierten Umgang bei weitem vorzuziehen. Die COCOM-Liste kann erheblich entschlackt werden, viele Berührungspunkte sind überflüssig.

So ist insbesondere die Meeresforschung angesichts der weltweit identischen Klima-, Verschmutzungs- und Ressourcenprobleme ein geradezu unverzichtbares Feld für eine intensivere Kooperation. Die privaten wissenschaftlichen Kontakte und auch die Kontakte zwischen wissenschaftlichen Organisationen schöpfen bei weitem nicht die Möglichkeiten aus, die eine klar geregelte, unkomplizierte bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen bieten kann.

Das Institut für Ozeanologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit rund 2.000 Mitarbeitern und acht großen Forschungsschiffen kann ein idealer Partner für die Meeresforschungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Wenn am 11. Juni 1989 das Flaggschiff des sowjetischen Instituts „Keldych“ in Kiel anlegt, sollten die Kontakte weiter vertieft werden, um das mittelfristige Ziel einer gemeinsamen Nordatlantik-Expedition 1991 in eine insgesamt zu regelnde formelle Zusammenarbeit einbeziehen zu können.

Der Bundesforschungsminister sollte hier schnell aktiv werden.

(-/30.5.1989/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Stark ist der Staat, der zur Erneuerung und Verbesserung imstande ist

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor hielt anlässlich der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürger-Preises am 21. Mai 1989 in der Paulskirche in Frankfurt eine Rede, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Es macht mich dankbar - aber auch nachdenklich -, heute gemeinsam mit dem Berliner Flüchtlingsrat den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis zu erhalten; und ich bin beschämt.

Ich bin dankbar, weil ich mich verbunden fühle mit einer Bürgerinitiative im besten Sinne;

dankbar, weil einem Politiker nichts Besseres geschehen kann, als im Namen derjenigen ausgezeichnet zu werden, von denen und für die er in sein Amt bestellt worden ist;

dankbar aber auch, weil der Preis mit dem Namen eines Mannes verbunden ist, der beispielhaft vorgelebt hat, wie Bürger Verantwortung tragen;

nachdenklich allerdings, weil Eigenschaften wie Bürgersinn, Toleranz, Respekt vor den Rechten anderer genannt werden, die doch für jeden Demokraten selbstverständlich sein sollten.

Und ich bin verlegen und beschämt, weil mich Selbstzweifel plagen.

Für mich ist diese Stunde Anlaß, eine Forderung aus dem rechten Lager aufzugreifen, die immer dann herüberschallt, wenn die Menschen aufgeschreckt werden durch öffentlich sichtbare Gewalt: „Wir brauchen einen starken Staat.“

Ja, wir brauchen einen Staat, der die Rechte und die Sicherheit der Bürger gewährleistet, einen Staat, auf den sich die Bürger verlassen können.

Aber ich will hinzufügen: Stark ist der Staat nicht dann, wenn er sein Gewaltmonopol um jeden Preis durchsetzt, wenn er sein Instrumentarium verschärft, weil er den Bürgern mißtraut; wenn er darauf dringt, daß sich die bestehende Ordnung nur ja nicht ändert; wenn er alles und jedes regelt.

Nein, stark ist der Staat, der im Vertrauen seiner Bürger ruht, der seine Ordnungs-, Schutz- und Sorgeaufgaben maßvoll unter weitgehender Schonung der individuellen Rechte seiner Bürger erfüllt, der zur Erneuerung und Verbesserung imstande ist; der handelt, wo es not tut, der aber auch auf die Vernunft, die Loyalität, die Mitarbeit und die Leistungsfähigkeit seiner Bürger setzt. Reform muß ja auch von unten kommen.

Die Stärke des Staates beruht auf der Zustimmung seiner Bürger, nicht auf Wasserwerfer und Schlagstock.

Der demokratische Staat lebt vom Vertrauen seiner Bürger.

Nach unserer demokratischen Verfassung ist der Staat die Organisationsform, in der das Volk regiert. Der Staat - das sind wir alle.

Es ist falsch und gefährlich, mit der klassisch konservativen Staatsauffassung dem Staat einen von der Gesellschaft abgehobenen eigenen Wert zu geben. Wohin die Staatsraison, wohin die Absolutierung des Staates führen kann, das haben wir erfahren.

Es gibt keinen Selbstzweck des Staates. Der Staat ist eine Zweckstiftung für Bürger, ein Dienstleistungsbetrieb; ein Dienstleistungsbetrieb mit anspruchsvoller Geschäftsgrundlage, deren Angebote lauten: Strikte Rechtsstaatlichkeit, soziale Verantwortung, demokratische Entscheidungsbildung und Menschenwürde.

Das ist der Sollzustand unseres Staates, wie ihn unsere Verfassungsmütter und -väter vor 40 Jahren gewollt haben - auf dem Boden der hier in der Paulskirche vor 140 Jahren geprägten Ziele, getragen von den guten Ansätzen der Weimarer Verfassung vor 70 Jahren, aber auch eingedenk der Gefährdungen und schließlich des Unterganges der Weimarer Republik.

Ein Staat, der nach Sinnggebung und Arbeitsweise nur von den Bürgern und für die Bürger lebt, bedarf des fortwährenden Engagements, das sich stets erneuernden Vertrauens.

Mitarbeit und Zustimmung der Bürger sind lebensnotwendig. Was das bedeutet, hat Weimar gelehrt. Ich bin weit davon entfernt, für unseren Staat schwarz zu sehen. Aber wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß sich viele Bürger aus dem staatsbürgerlichen, dem gesellschaftlichen Mittun verabschiedet haben, daß einige auch neuen Rattenfängern und Inhabern von Patentrezepten nachlaufen. Unbehagen drückt sich in einer nachlassenden Wahlbeteiligung aus. Demokratische Parteien beklagen sinkende Mitgliederzahlen.

Es ist populär, ja oft schick, sich in seine private Nische zurückzuziehen. Nichts gegen den privaten Bereich - er ist für jeden Menschen lebenswichtig, aber jedermann sollte auch wissen: ein demokratischer Staat lebt von den Demokraten, die ihn ständig mittragen und mitgestalten. Wer sich aus diesem Prozeß verabschiedet, gibt das Feld frei für andere.

Sicher, es gibt verstehbare Gründe für eine Flucht aus dem aktiven gesellschaftlichen Mittun: Die Lebenssachverhalte, über die zu entscheiden ist, sind komplizierter und unübersichtlicher geworden. Organisationsänderungen, wie kommunale Neuordnungen und Verwaltungsreformen haben dazu geführt, daß viele Entscheidungen weiter weg vom Bürger fallen. Umfassende soziale Sicherungssysteme - für Arbeitsplatz, Gesundheit, Alter - sind so verfeinert, daß sie kaum noch nachvollziehbar sind. Hochtechnische Fachsprachen vertiefen das Dunkel. Gruppenhierarchien, auch in den Parteien und Vereinen, schotten sich zum Machterhalt ab.

Daraus wird leicht eine Ohne-mich-Haltung und aus dem Unverständnis und aus der Abstinenz kann schließlich Mißtrauen erwachsen. Nur - wir alle können uns aus der Gesellschaft nicht verabschieden. Wir haben nur die Alternative, mithandelnde Bürger oder tatenlose Handlungsobjekte zu sein.

In Wahrheit ist das natürlich keine Alternative in einem Staat, der auf die Zustimmung seiner Bürger gegründet ist.

Deswegen müssen wir uns fragen, wie wir uns politisch und staatlich verständlicher machen. Das beginnt mit einer einfachen, klaren, offenen Sprache. Das kann bedeuten, nicht komplizierte Regelungen zu treffen, die noch den letzten Ausnahmefall erfassen.

Das kann bedeuten, daß wir Entscheidungen wieder möglichst nah an die Bürger heranbringen. Das kann darin bestehen, den Wählern mehr Einfluß als bisher auf vorformulierte Wahlvorschläge durch Stimmhäufung und Listenauswahl zu geben. Minderheiten mit Mehrheitsentscheidungen dadurch zu versöhnen, daß wir auch in unserer Bundesverfassung, ähnlich wie in manchen Landesverfassungen, Ausnahmen vom Repräsentationsprinzip zulassen und Volksbegehren und Volksentscheid ermöglichen, auch das ist der Überlegung wert.

Sagen wir denen, die abseits stehen: Macht mit in Euren Staat. Er braucht Euch. Seht ein Beispiel in denen, die sich für andere einsetzen, wie die Angehörigen des Berliner Flüchtlingsrats, wie Frau Petersen, die heute unter uns ist und die ich herzlich grüße.

Systemkritik ist erwünscht und wichtig. Aber bleibt nicht beim Nein, sondern sagt, wie es besser gemacht werden soll.

Und ich füge hinzu: Unser Staat beweist seine Stärke dadurch, daß er maßvoll handelt, daß er von seinem Gewaltmonopol schonend Gebrauch macht.

Dieses auszusprechen mag nach den Ausschreitungen am 1. Mai in Kreuzberg nicht populär sein, aber es bleibt dennoch richtig. Die, die in dieser Lage nach dem starken Staat rufen, meinen härteres Eingreifen und schärfere Gesetze. Sie meinen nicht den demokratischen Staat, dessen Stärke auf der Zustimmung seiner Bürger beruht.

Damit es jedem deutlich ist: Der Gewalt müssen wir immer entschlossen entgegentreten. Aber wir müssen beim Einschreiten gegen Gewalt darauf achten, daß wir nicht selbst Ursachen für neue Gewalt setzen. Es ist unsere Pflicht, Gewalttäter vor den Richter zu bringen. Aber es ist auch unsere Pflicht, dafür einzutreten, daß nicht durch falsche Politik, falsche Gesetze oder falsches Verhalten der Polizei die Zahl der Gewalttäter wächst.

Die rechte Mehrheit des Deutschen Bundestages hat dieser Pflicht zuwider gehandelt. Die von ihr durchgesetzte Änderung des Demonstrationsrechts dient nicht dem inneren Frieden, nein, sie gefährdet ihn.

Zurückhaltung der Polizei, um eine Ausweitung von Konflikten zu vermeiden, aber entschlossenes Vorgehen gegen Straftäter: von diesem Grundsatz will ich mich auch künftig leiten lassen.

Für die Bekämpfung der Gewalt bei Demonstrationen gilt: Mehr Liberalität bringt mehr Sicherheit.

Das den Kampf aller gegen alle beendende, den inneren Frieden sichernde alleinige Recht des Staates, Gewalt auszuüben, verlöre ja auch seinen Sinn, dauerhaft Frieden zu stiften, wenn nicht staatliche Gewalt immer nur als letztes Mittel eingesetzt würde.

Maßhalten und darin Stärke zeigen, kann der Staat auch gegenüber jenen, die so hartnäckig von dem für alle geltenden Recht abweichen wie die Terroristen.

Wir wollen keiner Erpressung weichen. Aber ein Staat, dem es gelingt, auch einen umkehrbereiten terroristischen Gewalttäter zurückzuführen, beweist mehr Sicherheit, mehr Stärke als ein Staat, der durch Härte den Weg zurück schier unbegebar macht.

Ich bin sicher, daß hierin zugleich ein Weg liegt, um kritische, uns ablehnend gegenüber stehende Menschen vor dem Irrweg in den Terrorismus zu bewahren.

Dabei gilt es sich bewußt zu sein: Probleme der inneren Sicherheit entstehen ja nicht zufällig. Sie haben ihre Ursachen nur zu oft in gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Auch Ursachen des Verbrechens liegen meist weit vor der Straftat. Und die Polizei steht nur am Ende der Ursachenkette.

Der Staat - das ist die dritte Aussage - beweist seine Lebenskraft, wenn er den wechselnden Wertvorstellungen seiner Bürger Rechnung trägt, wenn er zu Wandel und Erneuerung imstande ist.

Die ersten Jahre unserer Republik waren bestimmt von einem breiten Konsens in zwei Fragen. Dem Grundkonsens über unsere staatliche Ordnung und dem Grundkonsens darüber, den Wohlstand der Menschen durch fortwährendes Wirtschaftswachstum zu mehren.

Dieser zweite Konsens ist zerbrochen. Den Menschen erscheint ihre Umwelt, ja die Welt insgesamt, für uns und für unsere Kinder gefährdet durch Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen, durch Energievergeudung, durch Großtechnik, durch Rüstung und wirtschaftliche Expansion. Zu Recht sehen viele in der Mehrung des materiellen Wohlstandes deshalb kein erstrebenswertes Ziel mehr.

Das hat aber nicht dazu geführt, den Grundkonsens über unsere Verfassung infrage zu stellen. Unser staatliches gesellschaftliches Instrumentarium hat sich als belastbar erwiesen: Mehrheitsentscheidung, Minderheitenschutz. Der innere Frieden bleibt gewahrt.

Solange unser Staatssystem zum Wandel und auch zum Wechsel offenbleibt, sehe ich in geänderten Wertvorstellungen einen gesellschaftlichen Lernprozeß, ohne den Demokratie nicht überleben kann. Der Staat ist nicht gefährdet, er hat die Chance zur Reform.

Es ist dieser vom Vertrauen der Bürger getragene, maßvoll handelnde, zur ständigen Erneuerung fähige und bereite Staat, den ich stark nenne und den ich mir bei uns gesichert wünsche.

Seine Stärke muß der Staat schließlich darin beweisen, daß er hilft, wo es not tut.

Das scheint manchen in unserem Wohlstandsstaat ein unnötiger Appell zu sein. Nicht alles kann auch geregelt und überwacht werden, der Staat kann nicht jedes Risiko abwenden oder übernehmen. Es ist auch richtig, an die alte Tugend zu erinnern, die nicht nur Rechte, Ansprüche und Einsprüche kennt, sondern an die erste Stelle persönlichen Einsatz stellt.

Aber wir sollten daran denken, daß nicht ohne Grund das Wort von der Zweidrittel-Gesellschaft umgeht. Was heißt es schon, wenn unsere Wirtschaft blüht - wenn zugleich seit langem zwei Millionen Menschen und ihre Familien ohne Arbeit sind, wenn Menschen keine Wohnungen haben. Der Staat der Bürger erhält seinen Rang dadurch, wie er sich gegenüber den Minderheiten verhält, den sozial Schwachen, den Kranken, den Alten, den Kindern.

Solange auch nur Einer in unverschuldeter Not ist, stimmt etwas nicht an unserer sozialen Ordnung. Das gilt natürlich auch für die Ausländer, die unter uns leben, für die Flüchtlinge, die sich zu uns gerettet haben und für die wir eintreten.

Das Asylrecht ist nicht nur eine Mahnung an dunkle Stunden unserer Geschichte und eine Verpflichtung, die Barbarei politischer und rassistischer Verfolgung hier nie wieder aufleben zu lassen. Es ist auch ein Gebot menschlicher Gesittung, Menschen in letzter Not immer beizustehen. Deshalb wird das Asylgrundrecht unantastbar sein, solange unser Staat wirklich stark ist.

Aber es geht bei den Flüchtlingen ja nicht nur um diese äußerste Hilfe. Es geht auch um die tägliche Mithilfe. Daß hier der Berliner Flüchtlingsrat nicht auf den Staat gewartet hat, daß er aus eigenem Antrieb einspringt und hilft, das ist Bürgertugend, die wir uns öfter und zahlreicher wünschen.

Besonders freue ich mich darüber, daß wir heute Gelegenheit haben, auch Frau Charlotte Petersen aus Dillenburg zu danken. Frau Petersen hat das Wapniarka-Hilfswerk gegründet und bis heute geführt. Was Frau Petersen tat und tut - das hätte Gustav Heinemann gefallen: Ohne viel Getue zupacken, helfen!

Was wären wir ohne solche Opfer und Beispiele, wie sie Frau Petersen, wie sie der Berliner Flüchtlingsrat, wie sie aber auch viele andere karitative und humanitäre Gruppen gegeben haben. Ich bin dankbar, daß ich den mit der Preisverleihung verbundenen Fonds Ihnen, Frau Petersen, für das Wapniarka-Hilfswerk weitergeben darf.

Ich bin mir sicher, daß allen Menschen das natürliche Gefühl innewohnt, Schwachen zu helfen, Verfolgte zu schützen. Die Preisverleihung an den Berliner Flüchtlingsrat kann ein Anruf an uns alle sein, aus diesem Gefühl auch tätige Hilfe werden zu lassen. Wenn das Bewußtsein und die Bereitschaft zur mitmenschlichen Hilfe unter uns Bürgern wach ist, dann brauchen wir uns um unseren Staat nicht zu sorgen.

Der Staat der Bürger ist ein starker Staat.

(-/30.5.1989/vo-he/rs)

* * *